

Bezugsgebühr:

Wöchentlich für Dresden bei täglich...
monatlich für Dresden bei täglich...
vierteljährlich für Dresden bei täglich...

Dresdner Nachrichten
Begründet 1856

Anzeigen-Charif.

Annahme von Anzeigen für...
monatlich 2 1/2, 3 Monate 3 1/2, 6 Monate 4 1/2, 1 Jahr 5 1/2...

Lobeck & Co. Milch-Chocolade No. 600.
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Kunst-Salon von Emil Richter
Prager Strasse
Hochzeits-Geschenke
Geschmackvoll • Künstlerisch • Preiswert.

Zacherlin
Unerreicher Insektenzucht! Kaufe aber nur in Flaschen, wo Plakate ausliegen.

Julius Schädlich
Am See 10, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe...
Hermann Pörschel
Scheffelstrasse 19 (Rauschhaus).

Nr. 117. Spiegel: Reichstagswahl. Sond. Ausst. v. Meißelarbeiten, Kunstgegenständen, Gerichten...
Sonntag, 28. April 1907.

Dresdner Nachrichten
Begründet 1856
Jeder Leser
in Dresden und Vororten kann sich täglich davon überzeugen, dass er von keinem anderen Dresdner Blatt fortlaufend über alle wichtigen Tagesereignisse so schnell unterrichtet wird, wie von den täglich 2 Mal erscheinenden „Dresdner Nachrichten“.

So standen denn die Chancen des Wahlkampfes dergestalt, daß sich die Vertreter der nationalen und staats-erhaltenden Sache auf Grund der zwingendsten Verhältnisse und Erwägungen zu einer imposanten Kraftentfaltung herausgefordert sahen, und der moralische Eindruck der in Glauchau-Meerane auf dem Spielfeld stehenden Imponderabilien war allgemein so stark, daß sowohl in der sächsischen wie in der außer-sächsischen bürgerlichen Presse eine gute Zuversicht auf einen glücklichen Ausgang der Wahlkampf herrschte. Zum mindesten aber glaubte man sich einer Niederlage des bürgerlichen Vertreters in tadelloser Ehren und eines solchen Erfolges der Partei des Umsturzes versehen zu dürfen, daß diese wie König Pyrrhus, als er die unerbittliche Schärfe des römischen Schwertes verspürte, hätte andrücken müssen: „Noch ein solcher Sieg, und ich bin verloren.“ Wie aber sieht das Ergebnis in Wirklichkeit aus? Nicht ein Pyrrhussieg der Sozialdemokratie, nicht ein knappes Obliegen um Haarsbreite, das allzu teuer erkauft ist, um Freude und Jubel auszulösen, sondern eine Behauptung der Wahlkraft, mit der die Partei des Umsturzes alle Ursache hat zufrieden zu sein. Lassen wir die Zahlen selbst reden! Bei der Hauptwahl im Anfang dieses Jahres wurde der sozialdemokratische Stimmenvorprung gegenüber dem nationalen Kandidaten, der 1903 noch die gewaltige Ziffer von rund 11 000 erreicht hatte, auf 3200 zurückgedrückt. Es wäre tatsächlich nicht unmöglich gewesen, diese Spannung bei Veranlassung der letzten säumigen bürgerlichen Wähler an die Urne in Verbindung mit der Abgrenzung einer genügenden Anzahl von Mittläufern von der Sozialdemokratie ganz auszugleichen und das Mandat für die nationale Sache zu erobern. In der rauhen Wirklichkeit aber hat der Fall ein wesentlich anderes Aussehen gewonnen. Der sozialdemokratische Stimmenvorprung ist nämlich bei einer nahezu gleich geliebten Wahlbeteiligung nicht bloß nicht ausgeglichen und auch nicht vermindert worden, sondern die bürgerlichen Wähler haben ihn nicht einmal, was doch zum Mindesten erwartet werden mußte, auf derselben Höhe wie bei der letzten Stichwahl zu erhalten vermocht. Die sozialdemokratische Mehrheit ist im Gegenteil um 1255 Stimmen gegen die letzte Hauptwahl gewachsen und beträgt 4455 gegen 3200 am 25. Januar. Das ist eine unabweisliche Niederlage der bürgerlichen Sache. Nur ja keine Vertuschung und Beschönigung des klaren Tatbestandes! Je gründlicher die nationalen Parteien die Sonde in die Wunde einführen, desto zuverlässiger dürfen sie auch erwarten, daß ihrer gemeinsamen Sache schließlich doch noch Heil widerfährt, wenn die Lehren dieses Mißerfolges gründlich erkannt und bei nächster Gelegenheit beherrschend beherzigt werden.

da in den Vordergrund drängten, die durch ein unantastbares Betragen, das den Kandidaten der Ordnungsparteien zu einer förmlichen Desavouierung zwang, der guten Sache erheblichen Abbruch taten. Die üble Wirkung eines derartigen Streng zu mißbilligenden Modus vivendi einzelner, wofür selbstverständlich die nationalen Parteien als solche von keinem Billigendenden verantwortlich gemacht werden können, mußte um so schärfer sich bemerkbar machen, als die sozialdemokratischen Agitatoren, durch die Erfahrungen bei der Hauptwahl gewarnt, sich gerade umgekehrt eines auffallend gemäßigten Auftretens befleißigten. Es sprachen fast nur Revisionisten, und selbst Bebel gewann es über sich, nicht nur mit der sonst von ihm so gründlich verpönten Clique an einem Stränge zu ziehen, sondern sich sogar höchstpersönlich zu verbüßend revisionistischen Anschauungen zu bekennen. Der „Diktator“ entsappte sich in Glauchau als „Nichtrevolutionär“ — man denke —, der bloß „gleichberechtigte Bürger“ im Staate schaffen, die Arme und den Händen tragen und überhaupt „das deutsche Land zu einem solchen machen will, wie es schöner gar nicht gedacht werden kann“. Man sieht, Prinzipien sind den Herren von der roten Oberpaus Dekuba, sobald es ein Mandat zu retten gilt. So ist denn das Unerwartete in Glauchau-Meerane Ereignis geworden, und wir müssen uns damit abfinden, daß auf das Bild des glanzvollen Sieges des nationalen Gedankens in Sachsen bei den letzten allgemeinen Wahlen ein erster Schatten fällt. Indessen auch unangenehme Dinge haben ihr Gutes, wenn man ihre Lehren beherzigt. Auch hier läßt sich der gute Kern herauskühlen, wenn die in Glauchau-Meerane gemachte Erfahrung zur Folge hat, daß die bürgerlichen Elemente sowohl innerhalb wie außerhalb Sachsens daraus einen Ansporn entnehmen, in der festen Gemeinbürgerschaft gegenüber dem Umsturz keinen Augenblick zu erschaffen, jederzeit, sobald sie auf den Plan gerufen werden, ihre Reihen gegen den gemeinsamen Feind zu schließen, sich in der Agitationsmethode nicht zu vergräben und in der rastlosen, sowohl öffentlich in Wort und Schrift, wie von Mund zu Mund und von Haus zu Haus betriebenen Aufklärungsarbeit unter den Mittläufern, deren Gewinnung den springenden Punkt aller Anstrengungen bildet, nie zu erlahmen. Gerade die letztere Seite des Kampfes aber wird um so schwieriger, je mehr die Sozialdemokratie sich einer skrupellosen Verflechtungs-taktik zuwendet und ihre eigentlichen revolutionären Ziele unter anscheinender Harmlosigkeit zu verbergen trachtet. In diesem Sinne gilt es, die zielbewusste Bekämpfung der Partei des Umsturzes Tag für Tag ohne Aufhören weiterzuführen, damit das so erfolgreich begonnene Werk der Befreiung des deutschen Volkes von dem Joche der Sozialdemokratie keine Stodung erleidet. Heute sind wir an einer Stelle gestiegen. Das nächste Mal aber werden wir die Scharte ausweichen, und wir werden dann unter Vermeidung der in Glauchau-Meerane begangenen Fehler um so zielbewusster und begeisterter stehen, je nachdrücklicher wir uns von dem Bemühen leiten lassen, daß Sachsen Gefahr liefe, in den Ruf politischer Unbeständigkeit zu geraten, wenn es der Partei des Umsturzes je wieder Gelegenheit gäbe, den hoffentlich für immer begrabenen Namen des „roten Königreichs“ aus dem revolutionären Lexikon hervorzuholen.

Die Reichstags-Erfahrungswahl in Glauchau-Meerane.

Von Goethe stammt der Ausspruch: „Begeisterung ist keine Verdingbare, die sich empfinden läßt auf langer Jahre.“ Daran muß man unwillkürlich denken angesichts der Kunde von dem für die nationale Sache ungünstigen Ergebnisse des Wahlkampfes, der in Glauchau-Meerane um das Mandat des verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Auer geführt worden ist. Hier handelt es sich freilich nicht einmal um Jahre, sondern nur um ein paar Monate. Doch auch in einer verhältnismäßig so kurzen Frist wäre ein vereinzelter Rückschlag nach den ungeheuren Anspannungen der nationalen Volkserregung, wie sie mit den allgemeinen Wahlen vom 25. Januar und 5. Februar dieses Jahres verbunden waren, an sich nicht gerade übermäßig verwunderlich. Die Wahl in Glauchau-Meerane hatte aber eine so weit über das lokale Interesse hinausgehende grundsätzliche Bedeutung für den gesamten, in den letzten Reichstags-Neuwahlen veräpperten Erfolg des nationalen und staats-erhaltenden Gedankens, daß die bürgerlichen Kreise es als Ehrensache betrachteten, keiner Regung der Ruhe über sich die Herrschaft einzuräumen, sondern mit der größten Aufopferung und selbstlosesten Hingabe an das patriotische Interesse auf diesem schwer bedrängten Boden einen vorbildlichen Kampf zu führen. Einmal war es die erste Erfahrungswahl, die nach den letzten allgemeinen Wahlen überhaupt stattfand, und zum andern vollzog sich die Entscheidung in unserer engsten sächsischen Heimat, die durch ihren glänzenden Siegeslauf im ersten Ansturm bei den Hauptwahlen und nicht minder bei den Stichwahlen ein weithin leuchtendes Beispiel gegeben und die Anerkennung aller patriotischen Kreise des Reiches gefunden hatte. Es kam also darauf an, der Reihe der Erfahrungswahlen einen verheißungsvollen Anfang zu geben und die erste wichtige Probe auf das Exempel zu machen, ob der bei den Hauptwahlen hervorgetretene Aufschwung des nationalen Geistes von nachhaltiger Kraft und Stärke ist und sich in dauernder, zielbewusster politischer Arbeit gegenüber jedem Anpralle der feindlichen Kräfte zu betätigen vermag. Dazu kam von vornherein die durch den ganzen Verlauf des Wahlkampfes bestätigte Gewißheit, daß die Sozialdemokratie alles aufbieten würde, um ihr schwer geschädigtes moralisches Prestige durch einen Achtungserfolg bei den mißtrauisch, verdrossen und zweifelhaft gewordenen Massen ihrer Anhänger zu heben und neu zu beleben.

Das Verlangen der bei den Haupt- und Stichwahlen so außerordentlich ausstrahlenden bürgerlichen Agitation in Glauchau-Meerane ist offenbar auf die Zusammenwirkung verschiedener Ursachen zurückzuführen. In erster Linie dürfte wohl eine gewisse Erschlaffung der agitatorischen Spannkraft, eine teilweise Schwächung des patriotischen Starstromes für den Mißerfolg verantwortlich zu machen sein. Dieser Hauptmangel hat dann wiederum eine nicht genügende Fortsetzung der wahlpolitischen Kleinarbeit, der Agitation von Haus zu Haus und von Mann zu Mann zur Folge gehabt, also eine Vernachlässigung gerade desjenigen Teiles der gesamten Wahlarbeit bewirkt, der in Verbindung mit der Organisation des Schlepperdienstes am Wahltage erst recht den eigentlichen Ausschlag gibt und in seiner Art noch weitaus wichtiger ist als die doch immer nur beschränkte und mehr oberflächliche Beeinflussung der Wähler, die mit Hilfe von öffentlichen Volksversammlungen erzielt werden kann. Daß in diesem Punkte in Glauchau im Gegensatz zu den Hauptwahlen nicht alles getan worden ist, was erforderlich war, ergibt sich aus einem Vergleich der Wahlbeteiligung damals und jetzt. Im Januar dieses Jahres blieben etwa 3300 Wähler des Wahlkreises der Urne fern. Diese mußten also unerbittlich aufgerollt und nolenens volens von ihrer Vorliebe für die warme Obendank durch eine unachtsichtige Veranlassung zur Urne geheitet werden. Gleichwohl hat sich die Bauernpartei der Reichswähler in Glauchau-Meerane bei der letzten Erfahrungswahl trotz des hohen Einsatzes, der auf dem Spielfeld stand, nicht vermindert. Ein Fehler gebiert den anderen: diese Regel bewahrheitete sich auch hier wieder. Sobald nämlich die nationalen Parteien zum Bewußtsein der in der Kleinarbeit begangenen Verfehlungen gekommen waren, suchten sie noch in letzter Stunde durch eine verstärkte Versammlungs-Agitation den Schaden wieder gut zu machen, und dabei zeigte sich die unerfreuliche Erscheinung, daß ungeeignete Elemente sich hier und

Neueste Drahtmeldungen vom 27. April.

Deutscher Reichstag. (Fortsetzung aus dem Abendblatt)
Berlin. (Priv.-Tel.) Abg. Camp freut sich über die veränderte Stellungnahme der Freisinnigen zu der Frage des Postverkehrs. Aber es mühen auch Maßnahmen getroffen werden durch Änderung des Bankgesetzes, um zu verhindern, daß der vermehrte Geldbedarf, der infolge Wachstums des Scheidverkehrs für die Reichsbank zu gewärtigen sei, nicht etwa bloß zur Dedung von Verpflichtungen gegen das Ausland diene, sondern auch dem Inlande zugute komme. Denn andererseits sei trotz des Scheidverkehrs doch nicht auf eine Erniedrigung des Diskonts zu rechnen. Den Staatssekretär bittet er ferner, dem Hause den Entwurf eines Postparafassengesetzes wieder vorzulegen. Ein solcher würde sehr wohl bessere Aufnahme finden als früher. Bedauerlich sei, daß Berlin die Regelung von Paketwagentunneln abgelehnt habe. Berlin sei ohnehin bevorzugt, namentlich durch die billigen Telephongebühren. Auf dem Lande komme der Bevölkerung der Telephonverkehr viel teurer zu stehen. Redner bekreitet, daß die Beteiligung der Bevölkerung der großen Städte im Ort- und Nachbarortverkehr nicht gemacht wird und plädiert schließlich für Ortswahlzettel. Seine Freunde haben, um dies durchzusetzen, sich gezwungen, für einen inwärtigen eingebürgerten Antrag Pachtzettel zu stimmen, der diese Zulagen nur unabweislich bewilligen will. — Staatssekretär Freiherr v. Stengel: Was die Ortswahlzettel anlangt,

Setzt ist der Staat von Friedrich Schiller